



politik+++mittelstand+++information Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

MIT - News · 1. Ausgabe 2012

Auswirkungen der europäischen Staatsschuldenkrise auf die deutsche Finanz- und Wirtschaftspolitik



Dr. Josef Schlarmann
MIT-Bundesvorsitzender

Die Eurokrise hat im Wesentlichen zwei Ursachen: die langjährigen Haushaltsdefizite mit einer daraus resultierenden hohen Staatsverschuldung der Euro-Länder und die fehlende Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere der Südländer, mit der Folge negativer Zahlungsbilanzen.

Aus diesen Ursachen erklärt sich die fehlende Kapitalmarktfähigkeit bestimmter Krisenländer, d.h. Haushaltsdefizite und Staatsschulden können nicht mehr oder nur zu schlechteren Bedingungen über den Kapitalmarkt finanziert werden.

Um die Kapitalmarktfähigkeit wieder herzustellen oder zu sichern, müssen die Krisenländer ihre Haushalte konsolidieren und Reformen zur Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit durchführen. Dabei geht es einerseits um die Kürzung von Staatsausgaben, z. B. bei Gehältern, Renten und Sozialausgaben, sowie höhere Steuereinnahmen und andererseits um wirtschaftspolitische Reformen, mit denen die Märkte für Güter und Dienstleistungen liberalisiert, der Arbeitsmarkt flexibilisiert und Staatsbetriebe privatisiert werden.

Erstaunlicherweise wird in Deutschland selbst keine ernsthafte öffentliche Debatte über die Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung und die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit durch wirtschaftspolitische Reformen geführt. Dabei besteht auch in Deutschland ein erheblicher Konsolidierungs- und Reformbedarf.

Folgt man dem europäischen Muster, muss in Deutschland Folgendes geschehen:

- Die öffentlichen Gehälter und Pensionen müssen gekürzt werden.
- Auch für Sozialleistungen, wie z.B. für Eltern- und Krankengeld, stellt sich die Frage der Kürzung. In jedem Falle müssen neue Sozialausgaben, wie z. B. das Betreuungsgeld, eine Mindestrente oder zusätzliche Pflegeleistungen, entfallen.
- Die Haushaltslage gebietet die Kürzung von Subventionen, unabhängig davon, ob sie aus strukturellen oder aus konjunkturellen Gründen bezahlt werden.
- Die desolaten Staatsfinanzen setzen den steuerpolitischen Möglichkeiten Grenzen. Für allgemeine Steuersenkungen hat weder die Öffentlichkeit Verständnis, noch könnte man dafür die Politik gewinnen. Die Steuerpolitik sollte sich deshalb darauf konzentrieren, das Steuerrecht einfacher, systematischer und gerechter zu machen. Hierzu gehört die Abschaffung der kalten Progression, weil es sich dabei um eine verdeckte und leistungsfeindliche Steuererhöhung handelt.

Die Bundesregierung kann sich zurzeit noch am Kapitalmarkt zu günstigen

Bedingungen finanzieren. Dies ist aber weniger der Haushaltslage, sondern mehr der Stärke der deutschen Wirtschaft zu verdanken.

Folgt man wiederum dem europäischen Muster, muss in Deutschland Folgendes geschehen:

- Es muss verhindert werden, dass die unternehmerische Tätigkeit durch bürokratische Hemmnisse, wie z. B. jüngst durch zusätzliche Anforderungen bei Ausfuhren oder bei der Geldwäschekontrolle, behindert wird.
- Auch in Deutschland sind Güter- und Dienstleistungsmärkte überreguliert, die liberalisiert werden können. Ein Beispiel ist der Energiemarkt, der vor gut zehn Jahren liberalisiert wurde und dem im Rahmen der Energiewende nun ein planwirtschaftliches System übergestülpt wird, an deren Ende nur noch 20 Prozent der Strompreise am Markt festgelegt werden.
- Auf dem Arbeitsmarkt müssen die mit den Hartz-Reformen eingeführten Instrumente der Zeitarbeit und der Befristung erhalten bleiben.
- Während in den Krisenländern Staatsbetriebe privatisiert werden, geht Deutschland den anderen Weg und re-kommunalisiert private Versorgungsbetriebe. Effektiv ist dies nicht, denn das Risiko kommunalisierter Betriebe trägt letztendlich der Steuerzahler.
- Ob Deutschland wettbewerbsfähig bleibt, hängt maßgeblich von der Lohnpolitik der Tarifpartner ab. Die derzeitigen Tarifrunden im öffentlichen Dienst und in der Metall- und Elektroindustrie sind dafür ein wichtiges Signal.



Energieversorgung nicht gefährden! MIT fordert schlüssiges Konzept zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit



Dieter Bischoff

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU warnt vor Blackouts in Deutschland und wachsenden Beeinträchtigungen der Wirtschaft durch Instabilitäten in der Energieversorgung.

Die Bundesregierung wird aufgerufen, zügig ein energiepolitisches Gesamtkonzept vorzulegen, welches grundlegende Fragen der Versorgungssicherheit behandelt.

„Die hektisch vollzogene Energiewende offenbart zunehmend ihre Schwächen. Mit dem abrupten Ausstieg aus der Kernenergie und dem Umstieg auf alternative Energien ergeben sich grundlegende Fragen, die bis zum heutigen Tag nicht beantwortet sind“, erklärt Dieter Bischoff, stv. MIT-Bundesvorsitzender.

Die Bundesregierung muss zügig ein schlüssiges Gesamtkonzept zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit im Rahmen der Energiewende vorlegen. Es muss oberste Priorität der Politik sein, Klarheit zu schaffen

und aufzuzeigen, wie eine preiswerte, sichere und umweltfreundliche Energieversorgung sichergestellt werden kann. Die Bundesregierung muss darlegen, wie Deutschland nicht zum Stromimporteur wird und wie die weitestgehende Unabhängigkeit von anderen Ländern gewährleistet werden kann. Außerdem muss deutlich werden, wer in Berlin das Thema Netzausbau entschieden vorantreibt.

Die heutigen Übertragungs- und Verteilnetze halten den wachsenden Anforderungen nicht stand. Sie müssen dringend umfassend aus- und umgebaut werden. Zukünftige Versorgungssicherheit hängt im Wesentlichen vom erfolgreichen Netzausbau in den kommenden Jahren ab.

„Die Energiewende kann nur gelingen, wenn Netze zügig ausgebaut werden und künftig Energie gespart wird. Unsere größte Energiequelle ist die Energieeffizienz. Wir können den Energieverbrauch mit den heute schon vorhandenen Technologien erheblich reduzieren, ohne Abstriche an unserer Lebensqualität machen zu müssen. Also gilt es vorrangig, in Maßnahmen zur Energieeffizienz und Ressourcenschonung zu investieren.“, sagt Bischoff.

MIT-Podcast ab sofort verfügbar

Um Sie in Zukunft noch besser über die Arbeit der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU zu informieren, gibt es ab sofort den MIT-Podcast. Mit Hilfe von kurzen Videobotschaften möchte die MIT-Bundesgeschäftsstelle Ihnen künftig Ereignisse und Informationen aus dem politischen Berlin zeitnah und direkt vermitteln. Außerdem erfahren Sie in den kurzen Statements, welche Themen im Bundesvorstand sowie in den Kommissionen und Arbeitskreisen diskutiert werden und wie die MIT die Anliegen des Mittelstands gegenüber der Politik vertritt.

Klicken Sie rein!



www.mittelstand-deutschland.de



Die MIT-Podcasts finden Sie auch unter:



www.youtube.com/user/MITpodcast

„Wir können nicht die Fehler der anderen dauerhaft bezahlen, auch nicht über Eurobonds, die eine Einladung sind, weiter den Schludrian regieren zu lassen. Die Länder sind zunächst einmal selbst verantwortlich, das muss auch so bleiben“, sagte Schlarman. Eurobonds würden, sollten sie kommen, die deutsche Wirtschaft und den gesamten Staat in den Abwärtsstrudel reißen. (Hamburger Abendblatt, 16. Januar 2012)

Wichtiger als Steuersenkungen sei ein einfaches und verständliches Steuerrecht, sagte Schlarman der Passauer Neuen Presse. „Wir brauchen Reformen der Einkommenssteuer, der Umsatzsteuer und der Gewerbesteuer.“ (Passauer Neue Presse, 28. Oktober 2011)

Der Chef der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung Josef Schlarman forderte einen ehrgeizigeren Sparkurs von der Bundesregierung. Es könne nicht sein, „dass Deutschland vor fremden Türen kehre, ohne das eigene Haus zu bestellen.“ (Financial Times Deutschland, 12. Januar 2012)

„Alle Gründe, die bei dem Beschluss zur Einführung der Rente mit 67 galten, sind auch heute noch gültig“ (Dr. Josef Schlarman zur Debatte um das Renten- eintrittsalter, Saarbrücker Zeitung, 2. Januar 2012)

„Es wird weiterhin Differenzierungen nach Branchen, Regionen und Qualifikationen geben – und keinen einheitlichen Mindestlohn von Rügen bis zum Bodensee“, sagt MIT-Chef Dr. Josef Schlarman. (DER SPIEGEL, 19. November 2011)

Der Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT), Josef Schlarman, hat die Energiepolitik der Bundesregierung scharf kritisiert. „Wir dürfen nicht zulassen, dass die Ökologie die Ökonomie aus Deutschland vertreibt“, sagte er am Freitag auf der MIT-Bundesdelegiertenversammlung in Deggendorf. „Durch den Ausstieg aus der Kernenergie und die ehrgeizigen Ziele bei Wind- und Solarstrom werden die Kosten weiter steigen.“ (BILD, 29. Oktober 2011)

„Zwar hat die Partei mit der Energiewende eine schnelle Antwort auf den Ausstieg gefunden, aber die Folgeantwort sind wir noch schuldig.“ (Dr. Josef Schlarman in DIE ZEIT, 14. November 2011)

Etwas direkter beschreibt Josef Schlarman die Lage der Regierungsparteien, der Vorsitzende der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung: „Wenn sogar Seehofer sein Herz für die FDP entdeckt, dann ist sie ein Sozialfall.“ (WirtschaftsWoche, 16. Januar 2012)

Bundesvorstand neu konstituiert

Der MIT-Bundesvorstand ist im November 2011 in Berlin zu seiner konstituierenden Sitzung zusammengetreten. Dabei berieten die von der 10. MIT-Bundesdelegiertenversammlung in Deggen-dorf gewählten Mitglieder des Bundesvorstands in ihrer ersten Sitzung über die strategische Ausrichtung der MIT in den kommenden zwei Jahren.

Weiterhin berief der neu konstituierte MIT-Bundesvorstand neun Kommissi-

onen, in denen Experten Themen fachspezifisch aufarbeiten und Beschlussempfehlungen dem Bundesvorstand vorlegen sollen. Es wurden Kommissionen zu folgenden Themenfeldern gebildet: Ordnungspolitik, Arbeit und Soziales, Steuern und Haushalt, Gesundheit, Verkehrspolitik, Bildungs- und Technologiepolitik, Energie- und Umweltpolitik, Europapolitik sowie Internationales. Zusätzlich werden Fachsprecher den MIT-Bundesvorstand beraten.



Peter Rauen, MIT-Ehrenvorsitzender, Jürgen Presser, stv. MIT-Bundesvorsitzender, und Hans-Dieter Lehnen, MIT-Hauptgeschäftsführer, während der konstituierenden Sitzung des MIT-Bundesvorstands am 29. November 2011 in Berlin.

MIT warnt vor überzogenen Tarifforderungen: Expansive Lohnpolitik gefährdet Wettbewerbsfähigkeit

2012 finden in der Metall- und Elektroindustrie, dem Öffentlichen Dienst und der Chemieindustrie Tarifrunden statt. Der CDU-Wirtschaftsflügel warnt vor überzogenen Lohn- und Gehaltsforderungen durch die Gewerkschaften und ruft die Tarifpartner zu einer moderaten Lohnpolitik auf. Die MIT appelliert, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nicht durch zu hohe Forderungen zu gefährden.

Ob Deutschland wettbewerbsfähig bleibt, hängt maßgeblich von der Lohnpolitik der Tarifpartner ab. Die Gewerkschaften müssen erkennen, dass sich die Konjunkturaussichten eintrüben. Zahlreiche Krisenherde, allen voran die Staatsschuldenkrise, drohen die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands spürbar zu bremsen. Deutlich höhere Löhne würden die Unternehmen zusätzlich belasten und wären somit kontraproduktiv. Im Öffentlichen Dienst

sind Gehaltssprünge nicht mit der angespannten Haushaltslage zu vereinbaren. Hinzu kommt, dass die Bundesregierung erst im Oktober 2011 beschlossen hat, das Weihnachtsgeld für Bundesbeamte ab 2012 zu verdoppeln.

Die europäischen Krisenländer, z.B. Griechenland und Portugal, führen deutlich vor Augen, welche Folgen eine expansive Lohnpolitik für die internationale Wettbewerbsfähigkeit eines Landes hat. Jene Länder, in denen sich Arbeitnehmer regelmäßig über einen größeren Lohnzuwachs freuen konnten, stehen nun mit dem Rücken zur Wand. Deutschland hingegen wird für die Leistungsfähigkeit seiner Wirtschaft bewundert. Die Stärke der deutschen Wirtschaft ist neben der Innovationsfähigkeit der Unternehmen vor allem auf flexible Arbeitsmarktinstrumente sowie eine moderate Lohnpolitik in den vergangenen Jahren zurückzuführen.

Fakten

Lohnstückkosten in Deutschland weiterhin sehr hoch

Anders als oft behauptet, ist Deutschland in den vergangenen Jahren keineswegs übermäßig auf die Lohnbremse getreten. Vielmehr blieben die Lohnstückkosten in der deutschen Industrie seit 1999 unterm Strich konstant. Zwar steht Deutschland damit besser da als die übrigen Euroländer, die von 1999 bis 2010 ein Lohnstückkostenplus von 12 Prozent verzeichneten. In anderen großen Industriestaaten wie den USA und Japan sanken die Kosten – in Euro umgerechnet – dagegen um jeweils fast 30 Prozent. Damit blieben die Lohnstückkosten aller wichtigen internationalen Konkurrenten insgesamt unter Berücksichtigung des Wechselkurseinflusses seit 1999 unverändert.

Firmen fördern praxisnah

Die deutschen Unternehmen, die in die akademische Bildung investieren, fördern den Nachwuchs möglichst praxisnah: Fast jeder zweite in dieser Hinsicht engagierte Betrieb ermöglicht Studenten ein Praktikum. Gut ein Drittel investiert in Mitarbeiter, die parallel zu ihrer Berufstätigkeit einen Hochschulabschluss erwerben. Ebenfalls gut ein Drittel der Unternehmen unterstützt Studenten bei ihrer Abschluss- oder Doktorarbeit, indem die Firmen den Nachwuchsakademikern die Möglichkeit geben, eine betriebliche Problematik wissenschaftlich zu analysieren.

IW-Verbandsumfrage 2012

„Das Abflauen der Weltkonjunktur und die Ungewissheit bezüglich der Folgen der Schuldenkrise gehen auch an der deutschen Wirtschaft nicht spurlos vorüber. Dennoch präsentieren sich viele Branchen in guter Verfassung und erwarten ein positives Jahr 2012.“ So fasst Prof. Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW), die Ergebnisse der diesjährigen IW-Verbandsumfrage zusammen. Zwar geben 23 der 46 befragten Verbände an, die Stimmung in ihren Mitgliedsunternehmen sei derzeit schlechter als noch vor einem Jahr. Trotzdem überwiegt beim Blick auf 2012 die Zuversicht: 26 Branchen erwarten einen höheren Umsatz bzw. eine höhere Produktion als im Jahr 2011, weitere 9 Branchen rechnen mit konstanten Zahlen.

Grüne Staatshilfen zeigen wenig Wirkung

Die großen Industrieländer haben in der Wirtschaftskrise gut 240 Milliarden Euro für Projekte in der Umwelttechnologie ausgegeben. Deutsche Unternehmen sind in einigen dieser Branchen zwar international führend, haben aber kaum von den grünen Staatshilfen profitiert, wie eine Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zeigt. Die Gründe: Viele Projekte sind langfristig ausgelegt, kurzfristige Hilfen verpuffen schlicht.

Quelle: IW Köln

Jahreswirtschaftsbericht 2012: Vorrang für Haushaltskonsolidierung und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft

Die Bundesregierung hat den Jahreswirtschaftsbericht 2012 vorgelegt. Danach erwartet die Regierung für 2012 einen Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts von 0,7 Prozent. 2011 wurde ein Zuwachs von 3,0 Prozent verzeichnet. „Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer guten Lage, der Scheitelpunkt des Wachstumspfades ist aber überschritten und im laufenden Jahr wird es nur noch ein moderates Wachstum geben. Daraus muss die Bundesregierung die richtigen fiskal- und wirtschaftspolitischen Schlüsse ziehen“, kommentiert Dr. Josef Schlarmann, MIT-Bundesvorsitzender, den Bericht.

Es darf kein Zweifel aufkommen, dass die Haushaltskonsolidierung mit Vorrang betrieben werden muss. Die sprudelnden Steuereinnahmen müssen zur Schuldentilgung verwendet werden und dürfen nicht zu zusätzlichen Ausgaben führen. Dies gilt insbesondere für konsumtive Ausgaben, wie z.B. das Betreu-

ungsgeld, eine Mindestrente oder zusätzliche Pflegeleistungen. Angesichts der strukturellen Lächer in den öffentlichen Haushalten gibt es für zusätzliche Sozialleistungen keinen Raum.

Um das von der Bundesregierung für 2012 geplante Beschäftigungsziel nicht zu gefährden, muss vor allem die Beschäftigungsdynamik der mittelständischen Wirtschaft erhalten bleiben. Insbesondere dürfen die mit den Hartz-Reformen eingeführten Instrumente der Zeitarbeit und der Befristung nicht angetastet werden. Starre Arbeitsmärkte vermindern die Arbeitsproduktivität und damit die Wettbewerbsfähigkeit. Außerdem muss verhindert werden, dass unternehmerische Tätigkeiten durch bürokratische Hemmnisse weiter eingeschränkt werden.

Der Jahreswirtschaftsbericht 2012 steht unter www.bmwi.de zur Verfügung.



Einspeisevergütungen nach EEG drastisch herunterfahren!

Die MIT unterstützt Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen in seinen Anstrengungen, die Einspeisevergütungen nach dem Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) weiter drastisch herunterzufahren.

Seit dem Jahr 2000 wurden knapp 50 Mrd. Euro Förderkosten für erneuerbare Energien auf den Strompreis umgelegt. Allein 2012 wird die Einspeisevergütung weitere 14 Mrd. Euro betragen. Dies summiert sich bis 2030 auf 225 Mrd. Euro.

„Die Förderkosten für erneuerbare Energien bezahlt jeder Bürger mit seiner Stromrechnung. Damit finanzieren die Armen dem Besserverdiener die Fotovoltaik-Anlage auf dem Dach seines Einfamilienhauses. Das ist die gigantischste Umverteilung von unten nach oben, die wir jemals in Deutschland hatten. Mit diesem Thema organisierten die Gewerkschaften früher Sternmärsche nach Berlin. Wo bleibt jetzt der Aufschrei der Empörung aller Billig- und Gerechtdenkenden?“, sagt Dieter Bischoff, stv. MIT-Bundesvorsitzender und Vorsitzender der Kommission Energie und Umwelt.



Dr. Schlarmann als MIT- Bundesvorsitzender im Amt bestätigt

Dr. Josef Schlarmann wurde von der 10. MIT-Bundesdelegiertenversammlung in Deggendorf mit 97,3 Prozent der Stimmen für zwei weitere Jahre an die Spitze der MIT gewählt. „Mit dem beeindruckenden Wahlergebnis von Dr. Schlarmann haben die Delegierten ein deutliches Zeichen für die Positionierung der MIT bis zum Jahr 2013 gesetzt. Es wurden die Weichen gestellt, dass auch in Zukunft eine starke



Dr. Schlarmann vertritt die Positionen der MIT gegenüber der Presse. Hier auf dem CDU-Bundesparteitag im November 2011 in Leipzig.

ordnungspolitische Stimme innerhalb der Union für die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und die Belange des Mittelstandes eintritt“, formuliert Hans-Dieter Lehnen, MIT-Hauptgeschäftsführer. Als stellvertretende MIT-Bundesvorsitzende gewählt wurden Dieter Bischoff, Frank Gotthardt, Oswald Metzger, Dr. h.c. Hans Michelbach MdB, Dorin Müthel-Brenncke und Jürgen Presser. Peter Jungen wurde für zwei weitere Jahre zum Bundesschatzmeister der MIT gewählt.

MIT - Bundesverband

ViSdP: Hans-Dieter Lehnen,
Hauptgeschäftsführer der MIT

Kontakt

Charitéstraße 5 • 10117 Berlin
Telefon: 0 30 / 22 07 98-0
Telefax: 0 30 / 22 07 98-22

E-Mail: info@mittelstand-deutschland.de
www.mittelstand-deutschland.de

Fotos: MIT intern; Titelbilder oben v.l.n.r.: iStockphoto.com/
pixelchickDK/-yuri_arcurs/-sylvanworks-hidesy/
sonstige Bilder: brandung³, Lieferungen der MIT



MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG
DER CDU/CSU